



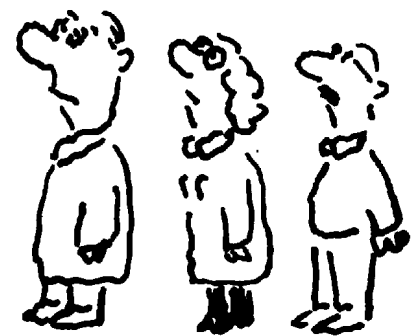
**DIE GRÜNEN**

GRÜNE ALTERNATIVE WIEN  
Bezirksgruppe Hietzing

# GANZ Hietzing

# NEIN zu

# einem NATO- Beitritt Öster- reichs



ARGUMENTE: *auf Seite 6*

Cartoon: much, „Schad' ums Geld“, Edition Löwenzahn

**Impressum:** GANZ Hietzing, MHV (zu 100%): Die Grünen - Grüne Alternative Wien, 1070 Wien, Lindengasse 40. DVR 0527491. Grundlegende Richtung: Medienarbeit im Sinne der Programme und Beschlüsse der politischen Partei Grüne Alternative Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Die Grüne Alternative Wien, Bezirksgruppe Hietzing.  
**Redaktion:** Susanne Frühwirth, Rainer Frühwirth, Albert Hirl, Ingrid Risha, Johannes Stängel.  
**LayOut:** Souterrain Group.  
**Druck:** Brücke Satz & Druck.

## INFORMATIONEN UND KOMMENTARE:

zum RADVERKEHR IN HIETZING: *auf Seite 2*

zur BEZIRKSVERTRETUNGSSITZUNG: *ab Seite 3*

zum THEMA STAU: *auf Seite 4*

AUSLÄNDERINNENBERATUNG: *auf Seite 5*

zu BLEI IM TRINKWASSER: *auf Seite 5*

GASTKOMMENTAR ZUM GA-BUNDESKONGRESS: *ab Seite 6*

zu EIDGENÖSSISCHER SOLIDARITÄT: *auf der Rückseite*

# Radfahren in Hietzing

**500** Hietzinger Haushalte wurden zum Thema Radfahren in unserem Bezirk befragt. Das ernüchternde Ergebnis war, daß das Fahrrad nach wie vor fast ausschließlich in der Freizeit genützt wird. Da die Gemeinde Wien das Budget für Radwege in Hietzing wesentlich erhöht hat, wird dieses Ergebnis in eine Studie einfließen und hoffentlich zu Verbesserungen der derzeitigen Situation führen. So wie in Hietzing beträgt in ganz Wien der Anteil des Radverkehrs beschämende 4%, in München werden 15 bis 20% der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt. Einige Verbesserungen wurden bereits in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Abteilung Radverkehr der MA 46 vorgenommen. So wurden im Sommer mehrere Einbahnen auf einfache und kostengünstige Weise zum Radfahren gegen die Einbahn geöffnet. Dadurch haben RadfahrerInnen die Möglichkeit unnötige Umwege zu vermeiden. Das Radfahren gegen die Einbahn hat sich in ganz Wien bestens bewährt, so gab es in den letzten 8 Jahren keinen Unfall, da die RadfahrerInnen dem Autofahrer sichtbar entgegenkommen. Das Hauptproblem in Hietzing ist,



wie wahrscheinlich allen LeserInnen bekannt sein wird, die Verbindung des Radweges aus der Aufhofstraße Richtung Kennedybrücke. Diese Lücke soll noch vor dem Winter geschlossen werden. Ob allerdings die Querung über die Kennedybrücke und die zum Radweg Richtung stadteinwärts führende, neu zu errichtende Rampe noch vor dem Winter fertiggestellt wird, bleibt abzuwarten. Die Planung ist so weit abgeschlossen, doch handelt es sich hier wohl um den sensibelsten Bereich in Hietzing. Ein weiteres Ziel wird sein, alle Einbahnen in Hietzing für das Radfahren im Gegenverkehr zu öffnen. Ein besonderer Wunsch der Grünen Alternative ist, das Radfahren für Kinder und Jugendliche gefahrlos zu ermöglichen. Vielleicht wird aus Hietzing ein Neu-Amsterdam. Denn dort ist tatsächlich ein Paradies für RadfahrerInnen aller Altersklassen. So weit ich beobachten konnte, sind RadlerInnen in für uns unvorstellbarem Ausmaß unterwegs. Die Räder sind oft gar nicht schön und auch klapprig, es wird gemütlich dahingerdelt und alle AutofahrerInnen geben den RadlerInnen selbstverständlich den Vorrang. Das wird wohl auch der Grund sein, warum es in Amsterdam nicht notwendig ist mit Sturzhelm unterwegs zu sein. Zum Schluß noch ein Vorschlag: Sollten Sie/solltet ihr Anregungen, Beschwerden und Wünsche haben, so rufen Sie/ruft bitte die Rad + Fuß - Hotline der Grünen Alternative an.  
Ingrid Risha, Bezirksrätin (Cartoon: much)

**Trost + Rad**

0 6 6 3 / 0 1 4 3 2 1

Die **Rad+Fuß-Hotline** der Grünen

—Rund um die Uhr für

RadfahrerIn

FußgängerIn

RollstuhlfahrerIn

SkaterIn

c/o Grüner Klub im Rathaus. 1082 Wien

Fax: 01/4000 9981800

e-mail: [gruene.rad+fuß-hotline@blackbox.at](mailto:gruene.rad+fuß-hotline@blackbox.at)

**Anfragen an den  
Bezirksvorsteher**

**A**nfrage bezüglich Renovierung und Instandsetzung der Lockerwiesensiedlung, Zeitraum der Einspruchsfrist, Baumbestand, Rodungen und Ersatzpflanzungen, Veitschi (GA): Beantwortung erfolgt schriftlich. Anfrage bezüglich Abstellplätzen in Vorgärten, Versiegelung von Vorgärten und Innenhöfen, Ansuchen, Anzeigen (F): Es gibt keine Untersuchungen darüber; Pflichtstellplätze können auch in Vorgärten errichtet werden, kein eigenes Ansuchen nötig; bisher gab es nur eine Anzeige bei der Baupolizei. Anfrage bezüglich Betrieb der Wiener Linien am 1.Mai; welche anderen städtische Dienstleistungen werden am 1.Mai nicht angeboten; welche Maifeiern werden von den Bediensteten besucht; Aufrechnung auf Urlaub, Feiertagszuschläge; Verbesserungen für den 1.Mai 1998 (F): Antwort erfolgt schriftlich. Anfrage bezüglich der mündlichen Verhandlung zur Verbindungsbahn vom 23. Bis 25.9.; Kundmachung, persönliche Teilnahme, Einwände, Stellungnahme (F): vorerst nur 14.Bezirk direkt betroffen, Kundmachung durch Aushang, Vertretung durch Bezirksrat, Einwände sind nicht bekannt, Stellungnahme erfolgt nach Abschluß der Verhandlung, ihr Inhalt hängt vom Verlauf der Verhandlung ab. Anfrage bezüglich eines angeblichen Angebots für Anrainer des Hietzinger Platzes, Stellplätze in der Amtshausgarage zu bekommen, Interesse, bisherige Vergabe, wieviele Parkplätze (F): Da es ein solches Angebot nicht gegeben hat, gibt es weder ein Interesse, noch eine bisherige Vergabe, noch sind irgendwelche Parkplätze dafür vorgesehen. Anfrage bezüglich der Planungen für eine Park-&-Ride-Anlage in

**Bericht**

**Aus der Sitzung am  
24.September 1997**

Auhof (F): derzeit läuft eine Studie, Ergebnisse liegen noch nicht vor. Anfrage bezüglich Anruf-Sammel-Taxi, Planungen für Hietzing (GA): bisher sind mehrere Gebiete in Wien für den Probebetrieb in Planung, leider nicht in Hietzing, der Wunsch nach Aufnahme von Ober St.Veit wurde deponiert.

**Mitteilungen des  
Bezirksvorstehers**

Umbauarbeiten Am Platz: Zeitplan wurde eingehalten, die Oberflächenherstellung wird bis Mitte Oktober erfolgt sein. Wirtschaft in Hietzing: leider erfolgen immer wieder Störungen durch F-Flugblätter, die die Hietzinger Wirtschaft zu Tode reden wollen; dabei ist sie derzeit in einer guten Verfassung. Bauernmarkt ab 1998: jeden 1.Samstag im Monat im EKAZENT. Unfallstatistik: die Zahl der Unfälle mit und ohne Personenschaden sind rückläufig. Radfahren in Hietzing: die Beliebtheit steigt, das Radfahren gegen Einbahnen soll weiter forciert werden, der neue Radweg über die Kennedybrücke wird ebenfalls Verbesserungen bringen.

Schönbrunner Schloßbrücke: eine Neuordnung des Verkehrs sowie ein neuer Schutzweg sind geplant. Zubau Föhrenhof: die Anlage wurde auf zwei Geschoße reduziert und soll eine neue Bettenstation sowie eine Küche und einen Festsaal beherbergen. Ferienspiel: dank des Einsatzes einiger rührieger Bezirksräte auch heuer wieder ein voller Erfolg. Kinderspielplätze: lt. Untersuchung des KfV sind häufig schwere Gerätemängel festzustellen; in Hietzing gab es nur zwei solcher Mängel, die zwischenzeitlich behoben wurden, Unfälle gab es keine.

**Anträge zum Budget**

MA11: 50.000,— für das Kindertagesheim Anton-Langer-Gasse; MA28: 700.000,— für Straßenumbau Hermesstraße und 250.000,— für Straßenbeläge in der Schrutkagasse; MA31: 299.000,— für den Platz hinter der Hietzinger Kirche; MA33: 100.000,— für Reparatur an der öffentlichen Beleuchtung; MA 46: 40.000,— für Bodenmarkierungen und 12.000,— für Fahrradständer in der Auhofstraße. Die Anträge in Gesamthöhe von 1;451.000,— wurden in Bausch und Bogen einstimmig genehmigt. Der Budgetvoranschlag wurde, wie im Finanzausschuß vorberaten, vorgelegt und gegen die Stimmen der F genehmigt.

**Anträge der Sitzung**

Hinweis auf den Status des Hörndlwaldes als Naturdenkmal (VP): einstimmig. Überprüfung der Verkehrssituation in der Franz-Boos-Gasse (Ober St.Veit, ggü. U4-Station) hinsichtlich Errichtung einer Busspur (VP): Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Anbringung von Hinweistafeln an kulturhistorisch interessanten Gebäuden durch die Stadt Wien, Auswahl durch die Kulturkommission (VP): einstimmig.

mig. Informativere Gestaltung des Schauraumes in der Wekbund-siedlung (VP): einstimmig. Verkehrsleitmaßnahmen in der St.Veit-Gasse (Unter St.Veit, ggü. U4-Station) zwischen Auhofstraße und Hietzinger Kai (VP): Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Überprüfung eines Abbiegeverbots für LKW vom Hackinger Kai in die Rußpeckgasse (VP): einstimmig. Beibehaltung der derzeitigen Standorte für Altglaskontainer und Wiedererrichtung der bereits entfernten Container (GA): einstimmig. Instandsetzung und Montage der bei der Generalsanierung entfernten Jugendstilfenster in der Schule Amalienstraße (VP): einstimmig. Verkürzung von Halteverbotten, Umleitungen und anderen Maßnahmen im Zuge von Kommissionierungen (F): gegen F abgelehnt. Stellungnahme der Bezirksvertretung für Tieferlegung der Verbindungsbahn und gegen der „Wildschweintunnel“ (F): gegen F abgelehnt. Errichtung eines Verkehrsspiegels in der Riedelgasse gegenüber der Einmündung der Gallgasse (VP): einstimmig. Benennung des Weges, der von der Fasangartengasse zur Würzburggasse führt, als Fritz-Moravec-Steig (VP): Zuweisung an die Kulturkommission einstimmig. Ausarbeitung eines Konzepts für die Tieferlegung und Überplattung der Westeinfahrt ab Höhe Braunschweigasse (F): Zuweisung zur Bezirksentwicklungskommission einstimmig. Kurzparkzone im gesamten Bereich Dommayergasse - Eduard-Klein-Gasse (F): gegen F und eine Stimme LiF abgelehnt. Diebstahlssichere Fahrradständer bei allen U4-Stationen in Hietzing (F): einstimmig. Öffnung des Schönbrunner Tores gegenüber der Kennedybrücke durch die Betriebsgesellschaft (F): gegen SP angenom-

men. Sanierung der Friedhofsmauer entlang der Maxingstraße (F): gegen zwei LiF angenommen. Prüfung von Plätzen, die zur Errichtung von Bauernwochenmärkten geeignet sind (F): gegen F abgelehnt. Benennung des Parks Ecke Wattmann-gasse - Gloriett-gasse als Katharina Schratt-Park (VP, SP, F, LiF): einstimmig. Überprüfung des Parkverbots in der Hochmaigasse 33-35 (SP): einstimmig. Errichtung eines Fußgängerüberganges Ecke Hermesstraße - Strampfergasse und eines Verkehrszeichens „Achtung Kinder“ (SP): Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Sanierung des Fußweges Am Maisbühl (SP): Zuweisung zum Finanzasusschuß gegen VP angenommen. Wartehäuschen bei den Stationen Wolkersbergenstraße - Jagdschloßgasse stadteinwärts und stadtauswärts (SP): Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Errichtung eines Umkehrplatzes und einer Streetball-Anlage am Ende der Nohartgasse (SP):

gegen SP, GA und LiF abgelehnt. Errichtung einer Windkraftanlage in Auhof (SP): einstimmig. Errichtung einer 30-km-Zone in der Rosenhügelstraße und der Schluckergasse (SP): Zuweisung zur Verkehrskommission einstimmig. Errichtung eines Trinkbrunnens im Streckerpark (SP): Zuweisung zum Finanzausschuß einstimmig. Errichtung eines Schilfts und einer „Halfpipe“ für Snowboardfahrer auf der Himmelhofwiese (VP): gegen GA, LiF und F angenommen. Vorschläge für die geplante Änderung der Flächenwidmung KGA Küniglberg (SP; 2 Anträge): einstimmig.

**Schluß der Sitzung: ca 21:00.**

Nachsatz: Die Sitzungen der Bezirksvertretung sind öffentlich. Sie finden zweimonatlich im großen Festsaal im Amtshaus jeweils um 18 Uhr statt. Die nächste Sitzung ist für den 3. Dezember angesetzt. Wir würden uns über Ihren Besuch sehr freuen.

Susanne Frühwirth,  
Bezirksrätin



## Gemeinsam den Stau verringern!

**I**nvestitionen „ökologisch fairteilen“, Ressourcen „ökologisch fairteilen“, Lebensqualität steigern! So nennt sich die Struktur-, Sozial- und Verkehrskampagne der Grünen Alternative. Grüne Verkehrs- und Strukturpolitik soll eine Trendumkehr bewirken, um in der Ostregion die sinnlose Mobilität des Pendelns zu verringern. Nicht nur Wien, auch die Regionen sind es, die unter den ökologischen Folgen (Lärm, Schadstoffe, Unfälle) leiden. Viele PendlerInnen verparken die Randbezirke, dem muß durch einen funktionierenden Umweltverbund gegengesteuert werden. Unserer Meinung nach sollen geplagte Wiener AnrainerInnen (durch Verparkung) und geplagte PendlerInnen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein kurzfristiges Ziel soll unter anderem die verstärkte Betrachtung von sozialen, wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Aspekten bei Verkehrsthemen sein. Wir wollen den Menschen nicht nur Lösungen vorsetzen, sondern alle sind eingeladen, Ideen und Vorschläge zu präsentieren. Ansprechpartner sind im Rathaus Martin Laichmann und Gerhard Jordan, Tel.4000/818-11

## AusländerInnen-beratung

Der Aufgabenbereich der AusländerInnenberatung der Grünen Alternative umfaßt die rechtliche Beratung im Asylverfahren, bei Familienzusammenführungen und bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft und Aufenthaltbewilligung. Es werden Briefe und Urkunden von Behörden, Versicherungen und Krankenanstalten übersetzt, die Menschen zu den Behörden (Fremdenpolizei, Bundesasylamt, MA 61, MA 62) begleitet. Es werden Schubhäftlinge in der Schubhaft kontaktiert, um ihnen weiterhelfen zu können, damit sie nicht abgeschoben werden.

Dies alles wird mit einem Angestellten und viel ehrenamtlichem Engagement bewältigt. Um unsere Arbeit weiterführen zu können benötigen wir dringend Geld und wir bitten um Spenden auf unser Konto: Die Grüne Alternative Wien, VK BG 4/5/6 Ausländerberatung, Kto.Nr.: 154-43779, BLZ: 20111, Erste Österr.

### Kleine Statistik

Seit Beginn der Ausländerberatung wurden 7.817 Akte angelegt. (Begonnen wurde mit Okt. 91) Seit 1. Jänner wurden 334 Akte neu angelegt. Akt bedeutet, daß man bei einer Behörde tätig wurde und schriftliche Unterlagen vorhanden sind. Probleme, die ohne Schriftverkehr erledigt wurden/werden erhalten keine Aktennummer. Die behandelten Fälle liegen daher etwas höher.

Es wird jeden Tag eine Warteliste angelegt, in der sich die Menschen eintragen, die persönlich betreut werden. Im Schnitt sind täglich fast 15 Personen (14,92) zur Beratung in der Eggerthgasse.

### BERATUNG:

**Montag bis Freitags, 17 bis 19 Uhr,  
Samstag 9 bis 11 Uhr  
1060 Wien, Eggerthgasse 3  
Tel. 587-28-29 oder 587 59-99**

# Blei und Beschäftigung



*Das Wiener Trinkwasser aus den Hochquell-Leitungen ist eines der besten auf der Welt. Was aber nützt das beste Wasser, wenn es durch alte Bleirohre verseucht wird?*

*Die Gemeinde Wien will in den nächsten Jahren die alten Bleirohre sanieren. Allerdings nur die öffentlichen Zuleitungen. Die Wasserleitungen im Haus fallen in die Verantwortung der Hauseigentümer.*

*Und die werden nur in den wenigsten Fällen alte gesundheitsbelastende Bleirohre austauschen. Die Reparaturkosten sind nämlich sehr hoch. Auch einige Mieterinnen werden sich gegen langwierige Sanierungsarbeiten sträuben. Der gutgemeinte Ratschlag, das Wasser vor Verwendung einfach einige Minuten (ab)laufen zu lassen, ist auf die Dauer finanziell und ökologisch kostspielig. Gutes Trinkwasser wird nämlich immer knapper und daher auch teurer werden.*

*Die Gemeinde Wien wird daher als erstes ihre Geheimniskrämerei aufgeben und über Blei im Trinkwasser informieren müssen. Der zweite Schritt ist eine Bestandsaufnahme jener Haushalte und Wohnungen, in denen sich besonders viel Blei über das Trinkwasser absetzt. Und dann muß saniert werden - auch mit öffentlichen Mitteln! Schließlich geht es um den Schutz der Volksgesundheit. Um ein sauberes Trinkwasser. Und um Tausende Arbeitsplätze für Wien, die durch eine wichtige Gesundheits- und Umweltschutzmaßnahme geschaffen werden können.*

*Karl Öllinger,  
Sozialsprecher der  
Grünen Alternative*

**PS: Wer es genau wissen will, kann sein Trinkwasser beim Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien, Feldgasse 9, 1080 Wien (Tel. 40413-0) auf Blei untersuchen lassen. Bei erhöhten Werten bitte melden. Die Grünalternativen im Rathaus werden die Stadtregierung in die Zange nehmen, um eine Sanierung einzuleiten. Bitte unterstützen Sie uns dabei!**

### Gratiskleinanzeige:

Dr.med.Katrin Strauch ist Ärztin für Allgemeinmedizin und Homöopathie. Die Ordination befindet sich in der Friedenszeile 50. Telefonische Anmeldung unter der Nummer 804 71 30. Faxen kann man unter der Nummer 804 71 304. Keine Kassen, teilweise ist ein Kostenersatz durch die Krankenkassen möglich.

# NEIN

## zu einem NATO-Beitritt Österreichs, weil

- es keinen „Feind“ gibt, der Österreich angreifen will
- die NATO ein Relikt des Kalten Krieges und damit ein Auslaufmodell ist
- damit neue Feindbilder notwendig werden: Nicht mehr die Konfrontation zwischen Kommunismus und Demokratie, sondern der Islam und der „Süden“ werden zu neuen Bedrohungen hochstilisiert
- Sicherheit damit weiterhin eine militärische Angelegenheit bleibt und auf notwendige friedenspolitische, soziale und ökologische Prioritätensetzungen verzichtet wird
- dieser größte militärisch-industrielle Komplex der Welt im Jahr 1995 fast 500 Mrd. US-Dollar in Armeen und Rüstung investiert hat
- die NATO-Osterweiterung einige Regeln, auf denen das Ende des Kalten Krieges beruhte, außer Kraft setzt: Ausgrenzung statt Kooperation und Einbindung
- durch die Osterweiterung der NATO die Chancen auf ein gesamteuropäisches kooperatives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Rußlands untergraben werden
- mit der Osterweiterung die Gefahr nationalistischer Entwicklungen an den Rändern außerhalb der NATO gefördert wird
- die Osterweiterung ein Subventionsprogramm für US-Rüstungskonzerne darstellt
- Österreich zu einem Aufmarsch-, Durchmarsch- und Depotgebiet für die NATO würde
- eine Aufrüstung und „Modernisierung“ der Bewaffnung des Bundesheeres die Folge sein wird
- die NATO nach wie vor an ihrer nuklearen Kriegsführungsdoktrin festhält und Österreich diese mittragen müßte
- damit eine signifikante Erhöhung der österreichischen Militärausgaben notwendig wäre
- neue Transitrouten für die Beweglichkeit der NATO-Truppen zu befürchten wären
- auf Truppenübungsplätzen eine erhöhte Belastung von Mensch und Umwelt zu erwarten ist
- eine Allianzteilnahme eine Stärkung der Berufsteile des Heeres bedeutet, die leichter und „effektiver“ als Söldner in die Welt geschickt werden können
- die NATO-Mitgliedschaft eine langfristige Festlegung auf militärische Machtpolitik bedeutet, während eine prononcierte, politisch definierte Neutralität in der internationalen Arena konstruktive Handlungsspielräume eröffnen kann
- es im gegenwärtigen und künftigen Europa einen Bedarf an Vermittlung zwischen Ost und West, Nord und Süd, Arm und Reich gibt; diese Rolle können nur Neutrale glaubwürdig wahrnehmen
- jede einseitige Abrüstung und Entmilitarisierung Österreichs dadurch auf Jahrzehnte ausgeschlossen ist
- gerade Kleinstaaten diese politischen Spielräume für Gerechtigkeit und Frieden in der sich neuerlich verhärtenden Sicherheitslandschaft nutzen sollten.

*Kommentar der Anderen:*

### Das Paradoxon der Utopie

*Auch pragmatisch wäre es für die Grünalternativen sinnvoll, auf vordergründigen Pragmatismus zu verzichten.*

**I**n Deutschland diskutieren „Die Grünen“ gerade über den kürzlich vorgestellten Entwurf zum Wahlprogramm für den Urnengang zur Bundestagswahl 1998. Darin wird die Auflösung der NATO, die Abschaffung der Wehrpflicht und die Halbierung der Bundeswehr gefordert. Was der „Realo“-Fraktion natürlich in Voraussicht an eine Koalition mit der SPD nicht gefallen kann. Die hessischen Grünen bezeichneten das Papier als „Regierungsverhinderungsprogramm“. Auch der ebenfalls eher „Fund“-orientierte sozial- und wirtschafts-

politische Teil des Entwurfs ist heftiger Kritik ausgesetzt. Christine Scheel, die finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, meinte gar, daß „sich leider immer noch viele Traumtänzer, die selbstverliebt auf der Linie der 80er Jahre verharren“, in der Partei tummeln.

In Graz diskutierte man auch. Die bürgerlichen Medien berichteten, man habe am Bundeskongreß ein „neues Programm beschließen“ wollen. Was so nicht stimmt. Zum einen hatte es nur einen Tagesordnungspunkt „Beschluß zum Antrag zur Weiter-

führung der Programmentwicklung“ gegeben, zum anderen hat die Grüne Alternative noch nie ein von einem Bundeskongreß beschlossenes allgemeines Programm gehabt, konnte also gar kein „neues“ beschließen. Bislang gab es immer nur Entwürfe, themenbezogene Teilbeschlüsse oder „Programme“, die von grünen Opinionleadern als solche präsentiert wurden, ohne eine diesbezügliche Basislegitimation zu besitzen. Das tatsächliche Parteiprogramm bleibt aber auch weiterhin in Diskussion.

So sehr man es begrüßen muß, daß die österreichischen Grünalternativen hochkomplizierte Diskussionsmechanismen haben, um ein Programm beschlußfähig zu machen, so sehr ist die Tatsache der Nichtexistenz einer gemeinsamen politischen Basis symptomatisch. Nach wie vor sind die Grünen keine wirkliche Ideologie- oder Wertegemeinschaft. Die Diskussion über den Wischwaschibegriff „Frieden“ und den viel klareren „Gewaltfreiheit“ ist ebenso typisch. Sie ist aber hochofentlich, implementiert sie doch die Frage, was politisches Handeln eigentlich möchte.

### **Nebeneinander von Utopie und Realpolitik**

Es ist erstaunlich. Während die Forderung nach Abschaffung der Polizei und des gesamten Staatsgewaltapparats wohl kaum mehrheitsfähig in der Grünen Partei ist, ist es das Beharren auf der Gewaltfreiheit sehr wohl. Das scheint auf den ersten Blick paradox, ist es aber nicht. Denn während jenes Realpolitik ist, gehört dieses in den leider heutzutage so übel beleumundeten Bereich der Utopie.

Utopie! Meyers Lexikon definiert sie unter anderem als eine „die Realitätsbezüge ihrer Entwürfe bewußt oder unbewußt vernachlässigende Denkweise“. Ver-

antwortliche Oppositionspolitik sollte weggehen von unreflektierten Träumen — also der unbewußten Vernachlässigung der Realität — hin zum Bekenntnis zur Utopie. Das hieße, ein bewußtes Traumtänzertum, ein ewig schmerzender Stachel im Fleisch der Realpolitik sein. Natürlich soll man sich in einer Oppositionspartei auch Gedanken über die Umgestaltung des Verwaltungsapparates und der real existierenden Gesellschaft machen, aber die vornehmste Aufgabe ist es wohl, fortschrittliche, aber eben leider doch arrivierte Kräfte an ihre eigenen Träume zu erinnern. Es braucht also nicht um Substitution (Utopie STATT Realpolitik) gehen, sondern es muß die Möglichkeit der Koexistenz (Utopie UND Realpolitik) und den Mut zur Prioritätensetzung (Utopie VOR Realpolitik) geben, wenn man trotz politischer Bodenhaftung klaren gesellschaftlichen Forderungen Ausdruck verleihen will.

### **Machtlose Opposition**

Jetzt wollen aber viele Grüne, die das Wörtchen „alternativ“ so gerne verschlucken, „regierungsfähig“ werden. Sie sind die Oppositionsrolle leid. Da gibt es die Vorstellung, ein Zipfelchen Verwaltungsmacht zu erhaschen, wenn man sich an die Sozialdemokratie hängt und mit ihr recht wackelige Koalitionen konstruiert gegen den Widerstand einer geschlossenen bürgerlichen bis reaktionären Opposition. Genau das ist das Problem, manche Grünen wollen die Sozialdemokratie neu erfinden. Sollten sich diese kurz-sichtigen Realos durchsetzen, wird diese Partei als bedeutungsloser Annex der SPÖ enden, dessen einziges Unterscheidungsmerkmal eine, wenn auch nicht mehr konsequente, so doch prononcierte Ökologiepolitik wäre. Ob das in einer Zeit schärfer wer-

dender sozialer Konflikte ausreicht, um als Partei zu überleben, ist wenigstens noch fraglich. Um aber als Bewegung zu überleben, reicht es bestimmt nicht.

Was renitente Oppositionspolitik bewirken kann, zeigt die FPÖ. Jörg Haider sprach davon, die Regierungsparteien vor sich hertreiben zu wollen. Das Ergebnis müssen wir uns seit mehr als einem Jahrzehnt mit schreckgeweiteten Augen ansehen: ÖVP und SPÖ versuchen angestrengt, die bessere FPÖ zu sein. Das fällt Haider leicht, kann er doch nicht nur mit der Bloßlegung tatsächlicher Mißstände, sondern auch mittels Wiederbelebung nie wirklich aufgearbeiteter reaktionärer Ressentiments agieren.

Da braucht es oppositionellen Gegendruck. Mit Haiders Mitteln können und dürfen die Grünen zwar nicht agieren, aber sie haben die Möglichkeit mit utopischem Optimismus in den Kampf zu ziehen. Die Apologeten des Kapitalismus haben das Ende der Ideologie, der Utopie und des Prinzips Hoffnung verkündet. Warum wohl? Nicht weil sie sich als Sieger fühlen, sondern weil sie sich davor fürchten. Hier ist anzusetzen. Wer diese Welt real verändern will, muß Utopien haben und sie auf seine Transparente schreiben. Heute mehr denn je. Fortschrittliche Menschen durften sich immer schon anhören, sie seien „Weltverbesserer“. Es wird Zeit, daß eine Mehrheit der Mitglieder der Grünen Partei wieder danach trachtet, sich diesen Ehrennamen zu verdienen. Das massive Eintreten für den Begriff der Gewaltfreiheit ist vielleicht schon ein erster Schritt in diese Richtung.

Bernhard Redl

(Der Autor ist parteilos und Redakteur der alternativen Wochenzeitschrift „akin“)

## SOLIDARISCHE EIDGENOSSEN

**I**nnerhalb von nur 6 Jahren erhöhte sich in der Schweiz die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen um das Fünffache. Die Zahlungen an 200.000 Arbeitslose verursachten bei deren Versicherung ein hohes Defizit. Nachdem sich die Regierung aufgrund der steigenden Staatsschulden weigerte, weiterhin jährlich Zuschüsse zu leisten, beschlossen die Parlamentarier per „dringlichem Bundesbeschluss“ den Tagsatz für das Arbeitslosengeld zu kürzen. Empört über diese Kürzungen sammelte das Arbeitslosenkomitee La-Chaux-de-Fonds über 50000 Unterschriften um eine Volksabstimmung mit dem Ziel der Rücknahme des Beschlusses zu erzwingen. Dieses Komitee erhielt Unterstützung sowohl von linken Parteien, als auch vor allem von den Gewerkschaften. Diese befürchteten, nachdem Sie Unterlagen aus dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zugespielt erhielten, weitere massive Einsparungen zu Lasten der Ar-

beitslosen. Die Initiatoren des Volksbegehrens rechneten zwar nicht mit einem Sieg, sie wollten aber auf die Situation der Arbeitslosen aufmerksam machen. Vor allem wollten sie der Regierung zeigen, daß ein weiterer Abbau der sozialen Errungenschaften nicht schweigend hingenommen werden wird. Und der Einsatz lohnte sich. Die Schweizer Bevölkerung wehrte den Anfängen und zeigte sich mit ihren arbeitslosen „LEidgenossen“ solidarisch. Die Volksabstimmung wurde am 28. September mit knapper Mehrheit gewonnen. Die bereits eingeführte Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung muß zurückgenommen werden. Da müssen wir uns doch die Frage stellen, wo waren die österreichischen GewerkschafterInnen als bei uns anlässlich des Sparpaketes die Obergrenze der Notstandshilfe mit maximal öS 9000,— beschlossen wurde? Wir sollten, denn auch wir können schon morgen arbeitslos sein, unseren GewerkschaftsfunktionärInnen dringend empfehlen, einen Kurs über „Solidarität“ in der Schweiz zu besuchen.

Regine

Verlagspostamt:  
1130 Wien  
P.b.b

An einen Haushalt

## Treffen der Bezirksgruppe

finden jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbacher Str. 21 statt. Wir freuen uns auf ihr Kommen!

- q Ich hätte gerne regelmäßige Aussendungen der Bezirksgruppe.
- q Mir fällt im Bezirk auf, daß:

Absender:



An die  
Grüne Alternative  
Bezirksgruppe Hietzing  
Lindengasse 40  
1070 Wien